

Slowakei

JURAJ ALNER / BERND HÜTTEMANN

Die Slowakei befindet sich in einem für ihre Zukunft entscheidenden Jahr. Am 21./22. September finden die Wahlen zum Nationalrat statt. Im November gibt der NATO-Gipfel in Prag bekannt, ob auch die Slowakei dem Bündnis beitreten kann. Nicht zuletzt sollen parallel die EU-Beitrittsverhandlungen zu den einzelnen Kapiteln des gemeinschaftlichen Besitzstandes bis Dezember abgeschlossen sein. Die Regierung von Mikuláš Dzurinda konnte trotz vieler Auseinandersetzungen in ihrer ungleichen Koalition wesentliche Fortschritte im Bereich der Innen-, Wirtschafts-, Europa- und Außenpolitik erzielen. Defizitär blieb vornehmlich der Bereich Soziales und Innere Sicherheit. Weiterhin besteht die in den vergangenen Jahrzehnten verursachte katastrophale soziale Lage der Minderheit der Roma. Auf der anderen Seite haben Nichtregierungsorganisationen eine funktionierende Zivilgesellschaft herausgebildet. Für viele überraschend ist die Slowakei in ihrer Entwicklung Ungarn und Tschechien mindestens ebenbürtig.¹

Dennoch zeigte sich die slowakische Öffentlichkeit vor den Wahlen enttäuscht und skeptisch. Für innenpolitische Verfehlungen machte sie die Regierung verantwortlich. Vom Beitritt zur EU wiederum erhoffen die Slowaken Besserung. Es sind diese Erwartungen an Europa, die überdurchschnittlich hohe Zustimmungswerte für den EU-Beitritt ergeben.²

Die Haushalts- und Steuerpolitik ist im Zeichen der sich transformierenden Gesellschaft zum signifikanten Wahlthema geworden. In der von der Regierung in Auftrag gegebenen Studie zu Vorteilen und Risiken des EU-Beitritts wurde vorausgesagt, dass die Arbeitslosigkeit von der aktuellen Rate von ca. 18,5% nicht vor 2008 auf 15% sinken werde.³ Dies lässt auch für die Zukunft ein im Vergleich zur EU beachtlich niedriges Lohnniveau erwarten.

EU-Beitrittsverhandlungen, Heranführung und Europäisierung

Gab die slowakische öffentliche Meinung der Regierung Mikuláš Dzurinda im Wahljahr schlechte Noten, so wurde ihr gerade außerhalb der Slowakei eine beispiellose Aufholjagd in Bezug auf die Beitrittsverhandlungen bescheinigt. Im Juli 2002 konnte die Slowakei bereits das 27. Kapitel des Gemeinschaftsbesitzstandes vorläufig schließen und überholte in nur vier Jahren Ungarn und Tschechien.

Die Slowakei hat somit entscheidende Schritte gemacht, die Auflagen bis zum Ende des Jahres 2002 zu erfüllen. Der regelmäßige Fortschrittsbericht 2001 der Europäischen Kommission zeichnete bereits ein positives Zwischenbild.⁴ Von Juni

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

2001 bis Juli 2002 wurden 11 Kapitel vorläufig geschlossen.⁵ Vor der Sommerpause standen nur die schwierigen Kapitel Wettbewerb, Landwirtschaft sowie Finanz- und Haushaltsbestimmungen aus. Ohne große Vorbehalte hat die Slowakei im Juni 2001 die bis zu siebenjährige Übergangsfrist in Bezug auf die Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreizügigkeit angenommen. Bratislava erreichte eine Übergangsfrist für den freien Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken.

Die sog. Benesch-Dekrete sollten nicht Thema der Beitrittsverhandlungen sein. Die Slowakei folgte hier der Linie Prags. Allerdings verlief die Diskussion in der Slowakei gelöster. Längst hat die Ungarnpartei MKP/SMK auf Entschädigung für die slowakischen Ungarn verzichtet.⁶

Als Heranführungshilfe genehmigte die Europäische Kommission 2001 für die Slowakei allein im Rahmen des nationalen PHARE-Programms 43,5 Mill. Euro. Prioritäten der Unterstützung liegen in der Integration der Roma in die Gesellschaft, der Förderung von Binnenmarkt, Energie, Verkehr, wirtschaftlichem und sozialem Zusammenhalt und der Stärkung der Verwaltungskapazität. Weitere Summen wurden für Stilllegungen des Kernkraftwerks Bohunice, für Umwelt- und Verkehrsprojekte im Rahmen des ISPA-Programms bzw. für den Bereich Landwirtschaft im Rahmen des SAPARD-Programms vorgesehen.

Einen besonderen Schwachpunkt der slowakischen EU-Heranführung bildeten die Verwaltungsstrukturen und die damit gefährdete Implementierung des Gemeinschaftsrechts. Die überaus geringen Löhne der Verwaltungsangestellten und die Forderungen der EU nach gesichertem Rechtsstatus des öffentlichen Dienstes⁷ haben zu erheblichen Personalveränderungen im ersten Halbjahr 2002 geführt. Im Brennpunkt des Interesses standen 2001 die auch außerhalb der Slowakei vielbeachteten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft im Regierungsamt – unter teilweiser Einbeziehung der EU-Betrugsbekämpfungseinheit OLAF. Der Verdacht der Korruption im Bereich der PHARE-Beihilfevergabe konnte allerdings nicht bewiesen werden.⁸ Die Vorgänge zeigten immerhin, dass die slowakische Verwaltung in ähnlichem Maße wie andere Heranführungsländer auch noch immer nicht gefestigt ist und auch die EU-Hilfe Schwachstellen in der Umsetzung aufweist.

Die Europapolitik der Regierung bot somit ein zwiespältiges Bild. Auf der einen Seite standen die Erfolge der diplomatischen Verhandlungsführung zur Erfüllung des Besitzstandes, auf der anderen Seite bestanden offene Flanken bei der europapolitischen Koordinierung des Regierungsamts und der administrativen Kapazitäten.

Die Visegrád-Kooperation mit Polen, Tschechien und Ungarn wurde von der Slowakei weiter stark unterstützt. Für die vier Partner ist ein gleichzeitiger EU-Beitritt erstrebenswert. Die Öffnung der ungarisch-slowakischen Grenze würde sich für die ungarische Minderheit auszahlen. Für Tschechien und die Slowakei ist der Erhalt ihrer Zollunion von Bedeutung. Die angespannten Beziehungen zur ungarischen Regierung unter Viktor Orbán konnten sich durch den Regierungswechsel in Budapest wieder verbessern. Noch im Februar 2002 wurde wegen ungarischer Forderungen zu den „Benesch-Dekreten“ sogar der Visegrád-Gipfel in Budapest abgesagt. Eine weiterer Konfliktpunkt war Orbáns Statusgesetz für „Auslandsun-

garn“, welches rechtliche und finanzielle Unterstützung des „Mutterlandes Ungarn“ auch für die in der Slowakei lebende Minderheit vorsieht. Die Bedeutung des Grenzraums Ungarn-Tschechien-Slowakei mit Österreich, der von einigen Wirtschaftsexperten als der dynamischste in Europa angesehen wird, wächst weiter. Die Großräume Bratislava und Prag überschreiten als einzige Regionen der Beitrittskandidaten den EU-Durchschnitt des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf.

Die überaus positive Bewertung des Vertrags von Nizza in der Slowakei ergab sich aus der vergleichsweise großen Stimmzahl für die Slowakei im Europäischen Parlament und im Rat. Grundsätzlich überwog eine integrationsfreundliche Stimmung, mit positivem Einfluss auf die Debatte über die Zukunft der EU. Eine besondere Rolle spielte der Anfang 2002 gebildete Nationale Konvent zur Zukunft Europas, eine Versammlung prominenter Vertreter und Fachleute verschiedener Institutionen und Gruppen. Aufgaben sind: die Arbeit des europäischen Konvents bekannter zu machen, Analysen für die slowakischen Konventsvertreter zu erstellen und eine breite Diskussion über Europas Zukunft anzuregen.⁹ Eine konservativ geprägte europakritische Debatte zum vermeintlich liberalen europäischen Einfluss auf Themen wie das Recht auf Schwangerschaftsabbruch oder gleichgeschlechtliche Ehe führte der Nationalrat anhand seiner „Erklärung über die Souveränität der Mitgliedstaaten und Kandidatenländer in ethischen und kulturellen Fragen.“¹⁰

Neue Parteienlandschaft und Nationalratswahl

Die Wahlkampagne begann bereits einen Tag nach den Parlamentswahlen 1998. Feststehende Größen bei gleichbleibender Unterstützung sind Meciar Bewegung für eine Demokratische Slowakei HZDS (ca. 25-30%)¹¹ und MKP/SMK (ca. 11%). Ein klassisches konservativ-liberal-sozialdemokratisches Parteienspektrum besteht nicht. Ein Beispiel für die personalisierte Politik ist Smer („Richtung“) des ehemaligen Vize der sozialdemokratischen SDL, Robert Fico. Eine nennenswerte Sozialdemokratie existiert inzwischen nicht mehr. Der Rest der zerfallenen SDL wird mit 5% rechnen müssen. Die abgesplitterte, westlich orientierte linksintellektuelle SDA (Sozialdemokratische Alternative) um Peter Weiss muss ihre Wählerschaft neu aufbauen. Ein Grund für das Absacken in der Wählergunst waren die strikten Sparmaßnahmen der international hoch geachteten SDL-Finanzministerin Schmögnerová. Die im Februar 2002 erfolgte parteiinterne Ablösung nutzte der Partei allerdings wenig.

Ficos Smer ist im Ausland noch relativ unbekannt – wird aber weithin als populistisch eingestuft. Ähnlich verhält es sich mit Pavol Ruskos Ano (Allianz des neuen Bürgers, „Ja“). Der frühere Direktor der größten privaten Fernsehgesellschaft versucht sich wie die meisten anderen Parteien auch „rechts von der Mitte“ zu profilieren.¹²

Alle relevanten Parteien befürworteten die europäische Integration – selbst Meciar. Fraglich ist angesichts einer stark personalisierten und fragmentierten Parteienlandschaft, ob dies vielfach nur Lippenbekenntnisse bleiben. Wahl- und Parteiprogramme sind angesichts der Veränderungen nur wenig aussagekräftig.

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Die öffentliche Debatte drehte sich vor der Wahl erheblich um die „NATO-Frage“. Vor allem die Äußerung des US-amerikanischen NATO-Botschafters Nicolas Burns, es gäbe mit Meciar keinen Beitritt, sorgte für Kontroversen. Meciar's good-will-Besuch in den USA bestätigte nur die amerikanischen Vorbehalte. Obwohl die Kommission und die spanische Präsidentschaft nicht müde wurden, einen Zusammenhang zwischen NATO- und EU-Mitgliedschaft zu verneinen,¹³ zeigte auch die EU eine mehr oder weniger offene Ablehnung einer Regierung Meciar.¹⁴ Die „Eingriffe von außen“ sind allerdings heikel, obwohl der „Haider-Effekt“ bei einem Beitrittskandidaten eine andere Qualität haben dürfte als in einem Mitgliedsstaat.

Die Unsicherheit vor den Wahlen war groß. Noch im Juli 2002 haben fast 25% der Befragten Enthaltung angekündigt, ähnlich viele hatten sich noch nicht entschieden. Für HZDS wurden 26,1% vorausgesagt, Smer erzielte 14,1%, Dzurindas Neugründung SDKÚ 9,8%, MKP/SMK 10,2%, Anó 8,2%, die Christdemokraten (KDH) 7,8%.¹⁵

Noch kurz vor den Wahlen erschien als nächste Regierung mal wieder eine sehr breite „Anti-Meciar-Koalition“ von SDKU, MKP/SMK, Anó, KDH, vielleicht auch Smer und SDA als möglich. Innenpolitisch würde sich diese neue Koalition weiter rechts von der Mitte positionieren, außenpolitisch wäre es die Fortsetzung der seit 1998 existierenden Ausrichtung auf EU und NATO.

Anmerkungen

1. Weiterführende Links und Literatur siehe: <http://www.iep-berlin.de/links/eu-sk>.
2. 58% hielten im März 2002 den EU-Beitritt für eine gute Sache, 5% für eine schlechte. European Commission (Hrsg.): Candidate Countries Eurobarometer 2001, Brüssel 2002, S. 56.
3. Slovenská akadémia vied, Ústav slovenskej a svetovej ekonomiky: Ekonomické a sociálne súvislosti vstupu SR do EÚ – prínosy a riziká; Zhrtutie; Bratislava, jún 2002; S. 52. Vgl. The Slovak Spectator, 15.7.2002.
4. Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Regelmäßiger Bericht 2001 über die Fortschritte der Slowakei auf dem Weg zum Beitritt, Sek (2001) 1754, Brüssel, 13.11.2001.
5. Vgl. Addendum to the Report on the Slovak Republic's progress in its integration into the European Union; June 2001-September 2001; September 2001. Slovak Republic: Report on the Slovak Republic's progress in its integration into the European Union, September 2001-May 2002; Bratislava, June 2002.
6. Vgl. Agence Europe, 14.3.2002.
7. Vgl. Regelmäßiger Bericht 2001, a.a.O., S. 19.
8. Vgl. Regelmäßiger Bericht 2001, a.a.O., S. 22.
9. Vgl. <http://www.konvent.sk>; zur Verfassungsdiskussion vgl. auch: Dzuinda, Mikuláš: The debate on the European constitution – a Slovak view, Forum Constitutionis Europae, 2/02, <http://www.whi-berlin.de/dzurinda.htm>.
10. Vgl. PRAVDA, 04.02.2002.
11. Im Juli 2002 hat sich eine Gruppierung um Ivan Gasparovic als HZD (Bewegung für Demokratie) von der HZDS abgespalten. The Slovak Spectator, 22. 07. 2002.
12. Vgl. Kipke, Rüdiger: Das politische System der Slowakei, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S. 273-307.
13. Agence Europe, 13.03.2002.
14. Vgl. Der Standard, 28. Juni 2001.
15. Ústavu pre vysokú verejnú mienku (ÚVVM), 16.7.2002. Entwicklung vgl. <http://www.strategie.sk/uvvm.htm>.